

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0,90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgepalte 8 mm hohe (Betit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Wfs. berechnet; auswärts 20 Wfs. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Kleinanzeigen werden pro Zeile 40 Wfs. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Belegungsfähigkeit ausgeschlossen. Annahmegerühr für Offerten und Aufträge beträgt 15 Wfs. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 75

Donnerstag, den 23. Juni 1932.

25. Jahrgang.

Hoover greift ein

Das überraschende Eingreifen Amerikas in Europa hat den auf dem toten Punkt angelangten Verhandlungen neuen Auftrieb gegeben. Zwar bezieht sich der amerikanische Staatssekretär Stimson von Washington auf die Erklärung, daß die amerikanischen Delegierten weder noch in Kaufmanns Anregungen in der Schuldenfrage hätten, geschweige denn über dieses Thema verhandeln hätten, und Gibson beteuert allen Ernstes, daß sich bei der nächsten Unterredung mit Herriot bei seiner anschließenden Aussprache mit Lausanne nur über Abrüstungsfragen handeln habe. Nun, man weiß ja, was man von diplomatischen Dementis zu halten hat. Nachdem die amerikanische Regierung bereits wiederholt mehr oder weniger amtlich einen gewissen Zusammenhang zwischen Schuldenfrage und Abrüstung angegeben hat, ist der Wert der amerikanischen Dementis fraglich. Das politische Verhältnis der beiden Konferenzen in Lausanne und Genf ist jedenfalls durch das Eingreifen Amerikas in eine Bewegung geraten, deren Ende sich zur Stunde noch nicht absehen läßt.

Die ist die überraschende Einschaltung der amerikanischen Politik in europäische Verhandlungen zu erklären? Bisher hatte die amerikanische Regierung beständig peinlichst alles vermieden, was irgendwie eine Beteiligung Amerikas an der Regelung der Reparationsfrage erwecken könnte. Der amerikanische Geschäftsträger Gibson hatte Lausanne ängstlich gemieden und sich nur auf die Teilnahme an den Genfer Abrüstungsverhandlungen beschränkt, über deren Verlauf er allerdings keine reine Freude empfunden haben dürfte. Besonders in den letzten Tagen hatte sich die Situation in Genf sehr zumungunsten Amerikas verschoben. Es hatte sich ein englisch-französisches Kompromiß angebahnt, das den Zweck verfolgte, die amerikanische Abrüstungseinschaltung über den Haufen zu werfen. Gibson hatte darauf wiederholt telephonisch mit Washington in Verbindung, mit dem Ergebnis, daß Hoover es entschieden ablehnte, sich den englisch-französischen Vereinbarungen anzufügen. Zumal nach seiner Wiederaufstellung als Präsidentenwahlkandidat fühlte Hoover sich stark genug, um in Genf gegen eine Sabotierung der amerikanischen Abrüstungspläne aufzutreten. So ist es zu erklären, daß der amerikanische Vertreter sogar den Weg nach Lausanne gefunden hat, und zwar in Etappen, zunächst bis zum Dorfen Morges, und am Tage darauf bis nach Lausanne selbst.

Der Standpunkt Amerikas ist klar und eindeutig. In Washington sagt man mit Recht, wer sich die horrenden Aufwendungen für seine Rüstungen leisten kann, der kann auch seine Schulden an Amerika bezahlen. Wollen die europäischen Staaten einen Schuldennachlaß oder gar eine völlige Streichung ihrer Schulden, dann sollen sie also auch ihre Militärausgaben auf ein Minimum herabsetzen. Zunächst verlangen die Amerikaner eine Herabsetzung der Militärausgaben um 5 bis 10, und die Abschaffung der schweren Kriegswaffen. Gegen die Forderung haben sich bisher vor allem die Franzosen gekümmert, während die Engländer schließlich wohl bereit wären, dem amerikanischen Drängen nachzugeben, vorausgesetzt, daß Frankreich und die übrigen europäischen Großmächte seinem Beispiel folgen würden. Bisher hat allerdings noch niemand den Anfang gemacht, allein Deutschland hat man durch das Friedensgebot zur Wehrlosigkeit verdammt.

Die neueste Uebergriffung in Genf bildet der Antrag des amerikanischen Vorkämpfers Gibson auf sofortige Einberufung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz. Die Einberufung geht auf einen unmittelbaren Wunsch des Präsidenten Hoover zurück. Diese überraschende amerikanische Initiative hat in Genf großes Aufsehen erregt und stimmt völlig mit den Schritten überein, die der amerikanische Geschäftsträger in den letzten Tagen gegen Herriot und Macdonald unternommen hat. In französischen Konferenzkreisen verläuft man zwar das neue Eingreifen Amerikas in die Abrüstungsverhandlungen zu bagatellisieren, dagegen wird in allen internationalen Kreisen die einschneidende Bedeutung der amerikanischen Initiative für die gesamten weiteren Abrüstungsverhandlungen betont. Wie verlautet, beabsichtigt Präsident Hoover bereits in der nächsten Zeit mit einem großen Manöver vor die Weltöffentlichkeit zu treten, in dem eine sofortige und grundlegende Durchführung der allgemeinen Abrüstung gefordert werde. Nach amerikanischen Mitteilungen beabsichtigt die amerikanische Regierung sogar eine Zurückziehung von der Abrüstungskonferenz und ein Desinteressement an allen europäischen Fragen für den Fall anzunehmen, falls nicht endlich die entscheidenden großen Schritte in der Abrüstungsfrage getan werden. Damit macht die amerikanische Regierung von neuem die Regelung der internationalen Schuldenfrage von der Regelung der Abrüstungsfrage abhängig.

Die plötzliche amerikanische Intervention in Lausanne wird von der englischen Presse im allgemeinen freundlich aufgenommen, da man sich davon nicht nur eine Belebung der Abrüstungsverhandlungen, sondern

Arbeit und Siedlung

Rund 348 Millionen zur Arbeitsbeschaffung — Das Programm der Reichsregierung

— Berlin, 22. Juni.

Ueber die wirtschaftspolitischen Pläne der Reichsregierung, insbesondere in der Frage der Arbeitsbeschaffung, werden von zuständiger Stelle noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Für Arbeitsbeschaffungszwecke sind sowohl in der Notverordnung als auch im Reichshaushalt besondere Mittel vorgeesehen. Auf Grund der Notverordnung ist zunächst ein Betrag von 135 Millionen angelegt worden, der sich wie folgt verteilt: 60 Millionen für Straßenbau, 50 Millionen für den Bau von Wasserkräften, 25 Millionen für Meliorationen. Der Gesamtbetrag von 135 Millionen Mark läuft über die Bau- und Bodenbank und wird zusammen mit der Reichsbank finanziert.

Ferner ist für Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen ein Betrag von 100 Millionen vorgeesehen, für die das Reich die Zinszuschüsse leisten wird. Für den ersten Bauabschnitt der Vorstadtkleinsiedlungen ist weiter ein Betrag von 48 Millionen Mark angelegt. Man hofft, hiermit 18.000 Vorstadtkleinsiedlerstellen zu schaffen. Für den zweiten Bauabschnitt der Vorstadtkleinsiedlung ist weiter der Betrag von 25 Millionen in Aussicht genommen, über den ein endgültiger Beschluß des Reichskabinetts aber noch nicht vorliegt.

Auf Grund des Reichshaushalts sind schließlich 50 Millionen für landwirtschaftliche Siedlung und 40 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst eingelegt. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten erhält einen Betrag von rund 50 Millionen Mark, der für Fußregulierungen, Ausbau von Eisenbahnstrecken usw. verwendet werden soll.

An zuständiger Stelle wird betont, daß angesichts dieser Ziffern von unzulänglichen Summen kaum gesprochen werden könne, wenn man die ungünstige Finanzlage des Reiches berücksichtigt. Die Reichsregierung wende gerade der Frage der Arbeitsbeschaffung ihre allgrößte Aufmerksamkeit zu. Der eigentliche konstruktive Aufbau der Reichsregierung könne allerdings erst nach der Rückkehr der in Lausanne weilenden Reichsminister in Angriff genommen werden.

Was die Siedlungsfrage angeht, so wird betont, daß es die Absicht der zuständigen Stellen sei, die Siedlung tatkräftig fortzuführen. Hierüber seien neue Gesetzentwürfe in Vorbereitung, über die Einzelheiten erst später mitgeteilt werden könnten. Es gebe eine Reihe von Betrieben, die nicht mehr zu retten seien und die zu Seideln die Reichsregierung für ihre besondere Pflicht halte. Daß die Siedlung vorzugsweise in den Grenzgebieten betrieben werde, sei eine nationalpolitische Selbstverständlichkeit.

Landkreise und Finanzausgleich

„Die Reform duldet keinen Aufschub mehr.“

Der preussische Landtagspräsident hielt in Berlin unter dem Vorzeichen des Landtags am 20. Dr. von Uechterhoff seine diesjährige Hauptverammlung ab. Als Vertreter der Reichsregierung war Reichsernährungsminister Freiherr von Braun erschienen. Reichsinnenminister

aus günstige Erwartungen auf die Tributbesprechungen verpicht. „Daily Telegraph“ begründet es, daß Amerika endlich aktiv in die Verhandlungen eingegriffen habe, da eine völlige Reparationsstreichung aller Wahrscheinlichkeit nach ohne die Mitwirkung Amerikas doch nicht denkbar sei. Die „Times“ sagt ebenfalls befriedigt: So sind die Amerikaner nunmehr doch nach Lausanne gekommen, wenn auch nur wegen der Abrüstungsfrage, deren Verbindung mit dem Kriegsschuldenproblem jedoch nicht abgetritten werden kann. „Daily Express“ meint, Europa müsse sofort die amerikanischen Abrüstungsvorschläge annehmen, da diese sicherlich die Streichung der Kriegsschulden mit sich bringen würde. Amerika wisse ganz genau, daß eine Aufrechterhaltung der Kriegsschulden die Zivilisation zerstören würde. Der sozialistische „Daily Herald“ glaubt, daß noch nie ein besserer Hinweis auf die innige Verbindung zwischen Abrüstungs- und Reparationsfrage erfolgt sei. Lausanne und Genf würden zusammen stehen oder fallen. „News Chronicle“ erklärt, daß die hohen Rüstungsausgaben niederdrückend für die Wirtschaft der einzelnen Staaten seien und daß daher der amerikanische Schritt geradezu als selbstverständlich betrachtet werden müsse.

Freiherr v. Gahl hat in einem Schreiben betont, daß, soweit sein Ministerium in Frage komme, alles getan werden würde, um die Verwaltung des platten Landes mit gleichem Maße zu messen wie die der Städte. Von der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung war Minister Severing erschienen. Auch Reichsbankpräsident Dr. Luthar war anwesend.

Präsident Dr. v. Stempel hob einleitend hervor, daß das Mißverhältnis zwischen den kommunalen Ausgaben einerseits und den finanziellen Leistungsmöglichkeiten andererseits so ungesund geworden sei, daß Spar- und Notprogramm ebenfalls mehr helfen könnten wie die unzureichenden Zuschüsse von Reich und Ländern.

Nur eine grundlegende Reform der Verwaltung und Finanzen könne helfen.

Die neue Reichsnotverordnung bringe wie die vorhergehenden für die Landkreise nicht die Entlastung, die dem vergrößerten Aufgabentkreis entspreche. Besonders genüge sie nicht, um die den Landkreisen als Bezirksfürsorgeverbände durch die Arbeitslosigkeit zufallenden Lasten auch nur einigermaßen auszugleichen. Die Verteilung der Arbeitslosen sei grundsätzlich nicht Sache der gemeindlichen Fürsorge, sondern Angelegenheit des Reiches.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag von Staatssekretär Dr. Bopp über das Thema: „Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“. Er betonte, die Vielfalt der öffentlichen Willensträger — Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungen — zwinge zu einem Ausgleich unter ihnen. Er schilderte den drohenden Zusammenbruch der Gemeinden und Gemeindeverbände und ging dann auf die Fehler der Organisation ein, um alsdann Maßnahmen zur Abhilfe zu erörtern.

Man müsse von dem Grundsatz ausgehen, alle öffentlichen Aufgaben, soweit sie lokaler Ausführung bedürften, bei den Gemeinden zusammenzufassen, also die Selbstverwaltung durchgängig zum Träger einer von staatlichen Fachverwaltungen möglichst nicht durchbrochenen einheitlichen Totalverwaltung zu machen. „Auf dem Lande seien hierfür freilich nicht alle Gemeinden geeignet. Es bedürfe vielmehr einer Zusammenfassung bei den Kreisen. Dabei sei die Bildung räumlich nicht zu kleiner und wirtschaftlich möglichst homogener Kreisverbände anzustreben.“

Seien so leistungsfähige Träger örtlicher Selbstverwaltung geschaffen, so bedürfe es der Sicherung geordneter Wirtschaftsführung und Finanzgebarung durch sie und klarer Normen für das gesamte Haushaltswesen. Die Erwerbslosenfürsorge müsse zwar — unter Beseitigung des Nebeneinander von Arbeitsämtern und Wohlfahrtsämtern der Gemeinden und unter Zusammenfassung der jetzigen drei Ämtern der Arbeitslosenunterstützung zu einer einheitlichen Fürsorge-Aufgabe der Gemeinden bleiben, aber es müsse für hinreichende Finanzierung der Gemeinden gesorgt werden, am besten durch ein klar gestaltetes System von Zuwendungen aus einer zusammenfassenden Notabgabe. Die Reform des Finanzausgleichs dulde keinen Aufschub mehr.

Hitler gegen Koalition

Der Wahlkampf am 31. Juli soll zur Entscheidungsschlacht werden.

— Berlin, 23. Juni.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem sich der nationalsozialistische Führer gegen eine Koalition mit dem Zentrum ausspricht und die Entscheidung über die Regierungsbildung in Preußen von dem Ausgang der Wahlkampf am 31. Juli abhängig macht.

Hitler weist in seinem Aufruf zunächst auf die großen Erfolge hin, die das Jahr 1932 den Nationalsozialisten gebracht habe. Bejammeln hätten sie gegen eine Front von Gegnern gekämpft, bejammeln hätten sie beispiellose Siege erfochten. Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus Deutschlands größte Partei sei, könne heute von niemandem mehr geleugnet werden, und dennoch treffe ihn soeben eine neue Welle von Unterdrückung und Verfolgung.

Im Zusammenhang damit richtet Hitler heftige Angriffe gegen das Zentrum und die Sozialdemokraten, durch deren Verhalten in Preußen und Bayern Millionen von Wählern um ihre verfassungsmäßigen Rechte gebracht seien. Als verantwortliche Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit diesen Parteien irgendeinen Pakt zu schließen. Er werde die NSDAP, am Minister, ehe sie ihre Ehre und ihre Grundsätze preisgebe.

Am Schluß des Aufrufes fordert Hitler seine Parteigenossen auf, dafür zu sorgen, daß der Wahlkampf am 31. Juli zur Entscheidungsschlacht werde. Der Sieg an diesem Tage müsse auch die Macht der schwarz-roten Parteien in Preußen und in den Ländern endgültig brechen, und zwar ohne Kompromisse.

Die Vertagung in Preußen

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat dem Landtagspräsidenten Kerl mitgeteilt, daß sie von seiner im Auftrage der nationalsozialistischen Parteileitung und des Vorstandes der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion ihrem Vorstand geäußerten Anregung, die Wahl des Ministerpräsidenten bis nach der Reichstagswahl hinauszuschieben, Kenntnis genommen habe und erklärt sich damit einverstanden.

Im Gegensatz zu dieser Darstellung der Zentrumsfraktion wird aus nationalsozialistischen Kreisen bestritten, daß die Anregung zur Verschiebung der Wahl des Ministerpräsidenten von den Nationalsozialisten ausgegangen wäre; sie wäre vielmehr vom Zentrum erfolgt, nachdem sich die Verhandlungen über die Wahl eines Ministerpräsidenten zerlegt hätten. Die Tatsache einer Vereinbarung zwischen den beiden Fraktionen auf Verschiebung der Wahl des Ministerpräsidenten wird dahin bestritten, daß Hitler seine Genehmigung für den Fall gegeben hätte, daß Kerl wieder zum Landtagspräsidenten gewählt würde.

Die politische Amnestie

Der nationalsozialistische Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

— Berlin, 23. Juni.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit den verschiedenen Amnestieentwürfen. Nach längerer Aussprache wurden der kommunistische und der sozialdemokratische Amnestieentwurf abgelehnt. Zur Abstimmung gelangte dann der nationalsozialistische Amnestieentwurf über die politische Amnestie, der im wesentlichen die vom Reichsausschuß für die letzte Landtagsitzung vorbereitete Fassung enthält.

Im Par. 1 soll danach bestimmt werden, daß Straferlaß gewährt werde, für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannten Strafen, soweit ausschließlich oder vorwiegend politische Beweggründe maßgebend sind. Auf deutschnationalen Antrag wird mit großer Mehrheit, auch den Stimmen der Nationalsozialisten, gegenüber diesem Wortlaut eine Befristung eingefügt, so daß jetzt Straferlaß nur noch gewährt werden soll für die entsprechenden Taten, die bis zum 15. Juni d. S. begangen wurden.

Auf kommunistischen Antrag wurde beschlossen, daß nicht nur Straftaten amnestiert werden sollen, die ausschließlich oder vorwiegend aus politischen Beweggründen begangen wurden, sondern auch solche, die aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks, Demonstrationen entstanden. Im übrigen wurde die nationalsozialistische Fassung bestätigt, die Amnestie auch für Vergehen wegen wirtschaftlicher Not oder Arbeitslosigkeit gewähren will.

Par. 3 des Entwurfs regelt die entsprechende Amnestierung von Dienststrafen für Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst. Er spricht auch aus, daß, soweit wegen politischer Gesinnung oder Betätigung Beamte entlassen wurden, diese Beamten vom Tage der Suspendierung ab zu behandeln seien wie Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden.

der Sprecher Markgraf

Ein Funk- und Film-Roman von Wolfgang Markgraf

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Meister, Weidau

(5. Fortsetzung.)

Seine erste Aufgabe war, Erläuterungen zu der Aufführung der Oper „Herr der Welt“, die kürzlich uraufgeführt worden war, zu geben.

Mit Begeisterung hatte er die Oper vor Weihnachten, als er noch Redakteur der „Tribüne“ war, gesehen und gehört, es war ihm eine Freude, darüber sprechen zu dürfen.

Er hielt den Fettel mit dem Text, der von dem Musikschaffsteller Dedert verfaßt war, in der Hand.

Aber er las nur einige Zeilen, dann packte es ihn, und er sprach aus Eigenem heraus. Er mühte sich, das große Erlebnis, das ihm das herrliche Werk gegeben hatte, auch den Hörern zu beschreiben. So eindringlich mit ganzer Seele sprach er, daß ein Bild vor der Hörer Augen entstand, so plastisch, wie es ihnen gewiß noch keiner vermittelt hatte.

Als er seinen Dienst an diesem Tag beendet hatte, wurde er zu dem Intendanten gebeten. In Gesellschaft von Schulenburg befanden sich zwei ältere Herren vom Verwaltungsrat, denen er vorgestellt wurde.

„Ich wollte Ihnen nur sagen, Herr Markgraf“, sagte Schulenburg lächelnd, „daß ich mit den Herren Ihnen zu gehört habe, und daß der Verwaltungsrat meine Meinung, daß Sie der geborene Sprecher sind, auch teilt! Also weiter so, lieber Freund!“

Als Rainer das Fräulein verließ, stieß er auf den Programmredirektor Seeliger.

Der alte Herr begrüßte ihn vergnügt, und sie schritten eine Weile nebeneinander her.

„Herr Markgraf“, fragte Seeliger plötzlich unvermittelt, „haben Sie auch Humor? Können Sie lachen?“

„Das kam so dröggig heraus, daß Rainer auslachen mußte.“

„Warum fragen Sie, Herr Seeliger?“

„Ganz einfach: Wegen Neujahr! Wir haben diesmal ein laibhaftiges Programm. Die ganze Prominenz Berlins ist

Ohne Befprechung wurde auch der Rest der Amnestievorlage angenommen, und zwar Par. 1 in der Fassung des deutschnationalen Entwurfs, so daß auch schwere Delikte, wie Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung usw. nicht unter die Amnestie fallen. Nur die Kommunisten lehnten diese Fassung ab.

Damit war die zweite Beratung der Amnestievorlage erledigt.

Das Haus wandte sich dann der endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten zu.

Auf Vorschlag des Abg. Vied (Komm.), der die bedingungslose Vereinfachung seiner Fraktion, mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten zusammenzugeben, zum Ausdruck brachte, um Nationalsozialisten und Deutschnationalen vom Präsidium auszuschließen, wurde die Sitzung auf Beschluß einer Mehrheit vom Zentrum bis zu den Kommunisten um eine Stunde unterbrochen.

Präsident Kerl wiedergewählt

Um 17¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Zentrum den kommunistischen Vorschlag abgelehnt hat.

Abg. Kube (Natf.) schlägt dem Abg. Kerl für die endgültige Wahl zum Landtagspräsidenten vor.

Darauf begann die Wahlhandlung. Es wurden 405 Stimmzettel abgegeben. 61 Stimmzettel (des Zentrums) waren unbeschrieben. Es sind abgegeben worden 197 Stimmen für den Abg. Kerl, 91 Stimmen für den Abg. Wittmaad (Soz.) und 53 Stimmen für den Abg. Rasper (Kommunist).

Damit ist Abg. Kerl (Natf.) mit absoluter Mehrheit endgültig zum Präsidenten gewählt.

Diese Feststellung wurde von den Nationalsozialisten mit stürmischem Beifall aufgenommen, während die Kommunisten ein dreifaches „Nieber!“ auf den neuen Präsidenten ausbrachten.

Es folgte die

Wahl des ersten Vizepräsidenten.

Hierzu gab Abg. Kube (Natf.) die Erklärung ab, daß seine Fraktion den Abg. Dr. v. Kries (Dnt.) zum ersten Vizepräsidenten vorschlägt, nachdem sich die Sozialdemokraten dem üblichen Brauch entzogen und gegen die stärkste Fraktion einen eigenen Gegenkandidaten aufgestellt und gewählt hätten.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen auf den Abg. Dr. v. Kries (Dnt.) 192, auf den Abg. Wittmaad (Soz.) 102, auf den Abg. Rasper (Komm.) 50 Stimmen. Für den Abg. Wittmaad hat auch die Zentrumsfraktion sowie die DVP gestimmt. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatte, mußte eine Stichwahl zwischen den Abgg. Dr. v. Kries (Dnt.) und Wittmaad (Soz.) stattfinden.

v. Kries erster Vizepräsident.

Mit 182 Stimmen wurde nun der Abgeordnete Dr. v. Kries (Dnt.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt, da Abg. Wittmaad (Soz.) nur 174 Stimmen auf sich vereinen konnte.

Zum zweiten Vizepräsidenten wählte das Haus mit 184 Stimmen den Abg. Baumhoff (Ztr.), der sich jedoch die Entscheidung über die Annahme der Wahl vorbehielt.

Zum dritten Vizepräsidenten wurde der Abg. Gaale (Natf.) mit 239 Stimmen gewählt. Zentrum, Sozialdemokraten und die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei hatten sich an dieser Wahl nicht beteiligt. Gaale nahm die Wahl an.

Auf den Vorschlag des Präsidenten, in der nächsten Sitzung Kultur- und Schulanträge zu beraten, erklärte ein deutschnationaler Abgeordneter, es müsse unbedingt der Versuch gemacht werden, eine neue Regierung zu bilden.

Abg. Kube (Natf.) erwiderte, die Nationalsozialisten seien nicht in der Lage, hier einen Führer herauszufinden, der dann nicht gewählt werde. Sie würden sich das Gesetz des Handelns von seiner Seite vorschreiben lassen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag.

verammelt, um mit unseren Hörern zu plaudern. Eine hochroble Gesellschaft, sage ich Ihnen!

„Und...?“

„Ich weiß nicht, wen ich als Sprecher nehmen soll.“

„Aber ich bitte Sie, Herr Seeliger! Herr Lüders, Herr...“

„Still, junger Freund! So einfach ist das nicht! Herr Lüders ist ein ganz eleganter Sprecher. Aber sein Witz ist zu schnoddrig, manchmal zu beißend, seine Art hat nicht das Verblühende des wahren Humors an sich. Dann die anderen Vee, da kann man in dieser prominenten Gesellschaft keinen Staat mit machen. Alle gut, aber nicht mehr! Sagen Sie, Herr Markgraf, das war doch heute nicht Dr. Dederts Text?“

„Ich kenne die Oper genau und habe erzählt, wie es mir um das Herz war.“

„Sie haben sehr gut erzählt. Wie kommt es, daß Sie eine so sichere Ausdrucksweise haben? Da sitzt jedes Wort, und es gibt kein Verhalseln!“

„Ich war zuletzt Redakteur, und früher habe ich mich auch als Romanschriftsteller betätigt.“

„Ich entsinne mich, ich habe den Namen Markgraf schon mal gehört. Wie hieß denn das Buch gleich? War es nicht ein Roman, der im hohen Norden spielte? Jetzt weiß ich's: Rolandstodter!“

„Ja, der stammt von mir!“

„Der hatte aber doch einen guten Erfolg.“

„Ja, den hatte er!“

„Sie schreiben nicht mehr?“

„Nein, man hat es mir vergällt, und jetzt... ich glaube, daß ich es kaum noch kann.“

Seeliger schüttelte den Kopf. „Nein, das glaube ich nicht. Nach Ihrer Art der Darstellung zu urteilen kann das nicht der Fall sein.“

„Mir fehlt etwas dazu: Die Unbekümmertheit einer vergangenen Zeit.“

Seeliger sah den Sprecher prüfend an. „Sie haben kämpfen müssen?“

„Es hat gelangt. Das Leben hat mich ordentlich in die Schere genommen. Aber jetzt hat das Schicksal mich wieder einmal glücklich in die Höhe getragen.“

Seeliger nickte vergnügt, zupfte ihn dann am Ärmel. „Also wie ist es, Herr Markgraf, wollen Sie am Silvesterabend sprechen?“

Konferenz der Länderminister

Die Reichsregierung bittet um einseitige Handhabung der Notverordnung.

— Berlin, 23. Juni.

Im Reichsministerium des Innern fand am 22. Juni eine einstündige Konferenz der Innenminister der Verbündeten des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 11. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Freiherrn v. Helldorf, statt. Nach einleitenden Worten des Reichsministers fand eine längere Aussprache über die innere Lage und die Handhabung der Verordnung der Verbündeten sämtlicher Länder außerhalb der Reichsgrenzen über die Verhältnisse in ihren Ländern und zu den einzelnen Punkten Stellung.

Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugelaßt.

Flottenbesuch in Danzig

Der polnische Vertreter bleibt den Verantwortlichen fern.

— Danzig, 23. Juni.

Die deutschen Kriegsschiffe, das Vintageschiff „Graf Helldorf“ und zwei Torpedoboote, treffen heute zu dem geforderten Besuch im Danziger Hafen ein.

Erst in allerletzter Stunde hat Polen der deutschen Regierung die Absicht der deutschen Reichsregierung, ein Geschwader der deutschen Marine nach Danzig zu entsenden, amtlich übermittelt.

Die polnische Regierung hat gleichzeitig erklärt, daß sie durch ihren Gelände in Berlin darauf aufmerksam machen ließ, daß sie den jenseitigen Besuch für einen Besuch der deutschen Reichsmarine in Danzig aus mehrfachen ernsthaften Gründen nicht billigen konnte. Die polnische Regierung hat heute noch an diesem Standpunkt festgehalten.

Mit Rücksicht darauf will der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Pappe, wie er der Danziger Regierung mitteilen ließ, sich nicht an den Verhandlungen des deutschen Flottenbesuchs in Danzig beteiligen.

Munitionsverladung am Tage des deutschen Flottenbesuchs.

Als neue bodenlose Herausforderung hat Danzig und Deutschland gegenüber Polen es angesehen, daß ausgerechnet mit dem Erscheinen der Kriegsschiffe in Danzig Polen es für angebracht hält, an diesem Tage einen großen Kriegsmaterialtransport von explosivem Kriegsmaterial über die Danziger Westplatte zur Einfuhr zu bringen.

Deutsche Flieger in England

Wiedersehen mit ehemaligen Gegnern.

— London, 23. Juni.

Freiherr v. Richthofen, ein Vetter des gefallenen Fliegers, und Freiherr v. Schleich, genannt der „Schwarze Ritter“, weilen zur Zeit in England zum Besuch ihrer Fliegergesellschaft. Bei einer Veranstaltung der Fliegergesellschaft konnte v. Schleich einen früheren Offizier begrüßen, den er über den deutschen Flieger geschossen hatte. Major Draper, der gegen den britischen Freiherrn v. Richthofen gekämpft hat, überlagerte dem Vetter ein Bild von dem Flugapparat des gefallenen deutschen Fliegeroffiziers. Das Bild trägt die Unterschriften britischer Fliegeroffiziere, die den tragischen Flieger Richthofens mitangehört haben.

Rainer schüttelte den Kopf. „Ich? Nein! Ich möchte den Lüders nicht zurückdrängen. Ich halte ihn überhaupt für einen guten Sprecher.“

„Lüders hin...“

„Lüders her! Aber ich will Sie nicht drängen. Morgen bitte ich den Intendanten Wiedersehen, Herr Markgraf! Besuchen Sie mich mal! Ich würde mich freuen. Wolke nur mit meiner Tochter zusammen. Die ist gewiß auch gern lehr wird.“

Sie trennten sich.

Als Rainer heimkam, stürmten die Kinder jubelnd auf ihn zu.

„Mam!“ sagte der Vater erstaunt. „Ihr kleines Volk noch auf?“

Frau Ingrid errödete leicht. „Sei nicht böse, aber du bist du schuldig! Sie haben dir gelauscht und waren so glücklich, als sie dich sprechen hörten. Ich konnte sie nicht zum Schweigen bringen.“

Rainer setzte sich und im Nu kletterten die beiden Brüder auf seinen Schoß.

„Papa, sein geredet!“ sagte der kleine Wolf schwermütig und lehnte den Kopf an die Wange des Vaters.

Die kleine Ursel nickte mit förmlichem Ernst. „Meine Papa hat auch zugehört! Die war ganz brav.“

Die Ehegatten wechselten einen zärtlichen Blick.

Rainer strich über das Haar des Ruben.

„Fein, daß es euch gefallen hat! Wenn ihr ganz brav seid und jetzt hier schlafen geht, dann erzähle ich euch auch einmal ein Märchen.“

„Von Brüderchen und Schwesterchen!“

„Von Rotkäppchen! Ich hab auch gar keine Angst mehr vor dem Wolf!“

„Da, das erzähle ich euch morgen! Jetzt aber schlaf ein!“

Aber sie ließen nicht locker, und wohl oder übel mußte die kleine Gesellschaft nehmen und ins Bett tragen. Als sie sich eingekuschelt hatten, schliefen sie nach dem Gutenachtsegen ein.

Sie lagen im gemächlichen Wohnzimmer.

Ingrid fasste Rainers Hände. „Sag, Lieber, freut dich du sehr?“

Rainers Augen leuchteten auf. „Ja“, sagte er hell, „macht mir Freude, hoffentlich immer.“ (Fortsetzung folgt)

Auf zur Jubelfeier

des Männer-Gesangvereins „Liedertafel“ Spangenberg
90jähr. Bestehen
verbunden mit

4. Gaufest

Heimatfest

des Sängergaues „Heiligenberg“

d. Liebenbachstadt Spangenberg

am 25., 26. u. 27. Juni 1932

Sonnabend, den 25. Juni 1932:

- 20 Uhr: Konzert auf dem Marktplatz
20 $\frac{1}{2}$ Uhr: Zapfenstreich
21 Uhr: Begrüßungs- und Ehrenabend des Jubelvereins in der Festhalle auf dem Festplatz.
Mitwirkende:

Sängerkorps Hersfeld, Männergesangverein „Eintracht“ Schnellrode Männergesangverein „Liedertafel“ Spangenberg, Kapelle Holl.

Sonntag, den 26. Juni 1932:

- 6 Uhr: Weckruf.
 $\frac{1}{2}$ 9 Uhr: Werbestaffel der Spangenberg Turnvereine und der Fortschule quer durch Spangenberg, um den von der Stadt gestifteten Wanderpreis.
 $\frac{1}{2}$ 10 Uhr: Festgottesdienst, anschließend Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal.
 $\frac{1}{2}$ 12 Uhr: Konzert auf dem Marktplatz.
13 Uhr: Singen der Gauvereine auf dem Marktplatz.
 $\frac{1}{2}$ 14 Uhr: Aufstellung des Festzuges vor dem Bürgerort und Abmarsch nach dem Festplatz.
Danach Volksbelustigung, Konzert und Tanz.
Mit Eintritt der Dunkelheit großes Feuerwerk.

Montag, den 27. Juni 1932:

- 8 Uhr: Spieltag der Schulen des Bezirks Spangenberg.
11 Uhr: Konzert auf dem Festplatz
14 Uhr: Kinderfestzug durch die Straßen der Stadt anschließend Kinderfest
Bei Eintritt der Dunkelheit Lampenzug zum Marktplatz.
21 Uhr: Festball auf dem Festplatz.

Männergesangverein „Liedertafel“
Spangenberg

Die Stadtverwaltung

Zum Heimat- und Sängerfest
den **KAFFEE** von
KARL BENDER

Für's Fest das Best!

Weizen-Auszugs-Mehl	5 Pfd. Bil.	1.10
la. Margarine	1 Pfd.	—,30
la. Cocosfett	1 Pfd.	—,30
Reines Schweineschmalz	1 Pfd.	—,38
Prima Backool	1 Ltr.	—,46
Kokosraspel	1 Pfd.	—,38
Sultanas	1 Pfd.	—,45
Prima Salatöl	1 Ltr.	—,48
dürre Runde	1 Pfd.	—,95
Fetter Speck	1 Pfd.	—,60
Heines Würstchen	3 Paar Dose	—,39
Holländer Vollheringe	30 Stk.	—,98
Fettheringe i. Tomaten große Dose		—,58
Oelsardinen	3 Dosen	—,95
Echte Bodenf. Handkäse	10 Stück	—,35
Kochkäse	1 Pfd. Dose	—,38
Edamer 20%	1 Pfd.	—,54
Vom Faß la. Moselwein	1 Ltr.	—,98
Rot- und Weißwein	1 Fl.	—,70
ff. geröstete Kaffee's $\frac{1}{4}$ Pfd.	50, 60, 70, 80	
Gemüse und Südfrüchte zum billigsten Tagespreis!		

Hess.-Lebensmittelhaus

Spangenberg

Markt

Weiss- Rotweine, Süssweine,
billigen Bowlenwein
empfiehlt
KARL BENDER.

Auf dem Festplatz

Achten Sie bitte auf meinen
Stand, ich bringe etwas
außergewöhnliches

PHOTO-MÖLLER

Erstes Photo-Spezialgeschäft
Marktplatz



Gesangverein

„Liedertafel“

Donnerstag Abend 9⁰⁰
Probe im Stf.

Freitag, Abend 9⁰⁰ Uhr
Probe in der Kirche.

Der Vorstand.



Wer Verkauft

Wohn- Geschäftsh., Villa, Land-
wirtsch., Gasthof, Bau- u. Kieselg.
Sof. Angebote an
Barenthin, Hamburg,
Glockengießerwall 16.

Inserriert.

**Bei mir kaufen,
heißt sparen!**

Schmalz Pfd. 38 ~
Kokosfett „ 32 ~
Margarine „ 30 ~

Bananen Pfd. 40 Pfg.
la. holl. Tomaten Pfd. 48 Pfg.
dicke Blumenköhle v. 50 Pfg.
lange Salatgurken v. 30 Pfg.
Salat 3 Köpfe 10 Pfg.
neue Kartoffeln Pfd. 14 Pfg.

Salz in Säcken

Klipps Kaffee

stets frisch

$\frac{1}{4}$ Pfd. 60, 70, 75, 85, 95 Pfg.

Eimachzucker

H. Mohr.

Todesanzeige.

Am Dienstag Abend 8 Uhr nahm Gott unser
liebes Söhnchen

Heinrich

im garten Alter von 7 Wochen wieder zu sich.

Spangenberg, den 23. Juni 1932

In tiefer Trauer

Konrad Dreßler u. Frau

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr
vom Trauerhause, Burgstraße, aus statt.

Die Lieferung

von Fleisch- und Wurstwaren, Brot und Backwaren,
täglich 25 Liter Vollmilch
für die Zeit vom 1. Juli bis 15. September 1932 ist
schriftliches Gebot an den Mindestfordernden vergeben.
Die Gebote sind im verschlossenen Umschlag mit der
Schrift „Lebensmittel“ bis zum Sonnabend, den 25. Juni
vorm. 10 Uhr einzureichen.
Bordrucke für die Angebote sind auf dem Geschäftsbüro
zu haben, die Lieferungsbedingungen daselbst einzusehen.
Selbstbewirtschaftung Preuß. Hochschule Spangenberg



T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

Der Turnverein „Froher Mut“ beteiligt sich geschlos-
sen an den verschiedenen Veranstaltungen anlässlich des 90-
jährigen Bestehens des Männergesangvereins und tritt zu fest-
den Zeiten im Vereinslokal an.

Sonnabend: abends 8¹⁵ Uhr zum gemeinsamen Abmarsch
nach dem Festplatz (Rommers).

Sonntag: morgens 9¹⁵ Uhr zum gemeinl. Abmarsch
mit anst. Gefallenenehrung.
mittags 1¹⁵ Uhr zum Festzug.

Es wird stets im Vereinslokal angetreten und
geschlossen abmarschiert. Beteiligung wird allen Mitgliedern
zur Pflicht gemacht.

Für die Vereinsmitglieder werden Eintritts-
karten am Sonnabend und Sonntag im Vereinslokal
ausgegeben.

Der Vorstand

Kriegerverein



Spangenberg

Der Kriegerverein beteiligt sich geschlos-
sen an den Veranstaltungen anlässlich des 90-
jährigen Bestehens des Sängers- und Heimatvereins.
Die Mitglieder treten wie folgt auf dem Marktplatz an:

Sonnabend: abends 8¹⁵ Uhr zum gemeinsamen Abmarsch
zum Festplatz (Rommers).
Anzug beliebig.

Sonntag: morgens 9¹⁵ Uhr zum gemeinl. Abmarsch
mit anst. Gefallenenehrung.
mittags 1¹⁵ Uhr zum Festzug.

Um vollständige Beteiligung bei diesen Veranstaltungen
wird gebeten.

Eintrittskarten für die Mitglieder werden
durch den Kassierer L. Bertram bereitgehalten.

Der Vorstand

Welt über 150 000

Bruchleidende

tragen das seit mehr als 20 Jahren erpropte

Spranzband ges. gesch.

kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem
unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge.

Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes
Modell D, R. P. 542 187 an. Mein Vertreter ist mit Muster-
auch für Frauen und Kinder, kostenlos zu sprechen in:

Spangenberg im Hotel Heinz, am
Dienstag, den 28. Juni von 2 $\frac{1}{2}$ —6 Uhr.

Der Erfinder und alleinige Hersteller:

Hermann Spranz, Unterkochen / Württemberg

Korbflaschen

in allen Größen

Abfüllschläuche

Karl Bender.

Flaggen heraus zum Heimat- und Sängerfest

Zum bevorstehendem Fest wird gebeten, die Säule
mit reichem Flaggenstempel zu versehen.
Leihfahnen in allen Farben sind bei Stillschleusen
finte zu haben.

Spangenberg, den 23. 6. 1932.

Der Marktstr., Stein